

## Vom Staat begünstigt

Enteignung der Kirchen: „Ein teures Versprechen“, FR-Magazin vom 30.11.

Die Aussagen von Herrn Ortner bedürfen einiger Ergänzungen: Das staatliche Inkasso der Kirchensteuer sei eine Win-win-Situation. Carsten Frerk und der Humanistische Pressedienst weisen immer wieder darauf hin, dass der Staat auch auf diesem Wege die Kirchen massiv bevorzugen und das Inkasso viel teurer ist als das, was die Kirchen dafür zahlen. Auch die Kirchensteuer wird vom Staat als steuerlich abzugsfähige Sonderausgabe mit drei Milliarden Euro begünstigt, und die preiswerte Einziehung der vermeintlichen Mitgliedsbeiträge durch Arbeitgeber und Staat erspart den Kirchen noch einmal zwei Milliarden Euro pro Jahr, wie Carsten Frerk im Violettbuch Kirchenfinanzen erläutert.

Bei zehn Milliarden geplanter Ablösesumme ist die Frage, ob die Kirchen mit den seit Jahrhunderten gezahlten Staatsleistungen nicht schon mehr als ausreichend entschädigt worden sind. Die Leistungen werden gezahlt für Enteignungen, die vor über 200 Jahren stattgefunden haben, und waren eigentlich zeitlich begrenzt für die damals lebenden Kleriker, aber die Kirchen haben den Staat immer wieder über den Tisch gezogen.

2017 betrug der Gesamtbetrag der Länderzahlungen an die Kirchen 524 Millionen Euro, bei großen Unterschieden zwischen den Bundesländern. Seit Bestehen der Bundesrepublik sind bereits 17,3 Milliarden Euro Staatsleistungen an die Kirchen geflossen. Dazu kommen die von der DDR von 1949 bis 1989 gezahlten 629 Millionen Mark). Es reicht!

Anneliese Fleischmann-Stroh, Heilbronn

## In den Dreck gezogen

„Querdenker“: „Holocaust ist kein Abziehbild“, FR-Politik vom 24. November

Mein Großvater, Pfarrer Karl Alt, der die Geschwister Scholl aufs „Schafott“ begleiten musste, schilderte in seinem Buch „Todeskandidaten“ eindrucksvoll die letzten Stunden der Geschwister. Auch im Buch „Studenten aufs Schafott“ von Petry, Christian wird die Geschichte, besonders vor dem Volksgerichtshof, beeindruckend dargestellt. Es wird eine Sophie Scholl, die bescheiden, aber konsequent zu ihren humanitären Werten stand und dabei auch den Tod nicht scheute, beschrieben, eine Sophie Scholl, die in ihrer letzten Stunde aufrecht und gelassen im Vertrauen auf ihren christlichen Glauben den letzten Gang erwartete. Wenn sich heute gewisse Leute mit Sophie Scholl vergleichen, gleichzeitig mit denen demonstrieren, die der Ideologie des Nationalsozialismus anhängen, durch den Sophie Scholl ermordet wurde, dann wird das Andenken an diese mutige junge Frau durch den Dreck gezogen. Carlo R. Goetz, St.Gilgen (A)

Diskussion: frblog.de/autoritaer

## Das Virus macht auch an Weihnachten keine Unterschiede

Teil-Lockdown: „Was beschlossen wurde“, FR-Tagesthema vom 27. November, und „Autoritäre Tendenz“, FR-Meinung vom 19. November

### Spaltung in Folgsame und Radikale

Da die Infektionen kaum zurückgehen, waren verschärfte Regeln notwendig – keine Frage. Bedenklich stimmt, dass die Politik per Intervention ständig weiter in unser Privatleben vordringt. Jetzt bekommen wir von Ministerpräsidenten Empfehlungen, welche Bedeutung wir Weihnachten, Familie und dem Zusammensein mit den Nächsten beimessen sollten.

Das Virus macht keinen Unterschied zwischen Weihnachts- und anderen Tagen. Covid 19 und die Folgen sind schon schlimm genug, da brauche ich nicht noch bieder-bürgerliche Weihnachtsvergünstigungen. Es fällt schon auf, dass Politiker – zumeist Männer – ständig diesen pseudopädagogischen Ansatz nach Landesväterart draufhaben. Solche Töne tragen dazu bei, dass sich eine Gesellschaft weiter spaltet in Folgsame und Brave auf der einen, sich Radikalisierende auf der anderen Seite. Der Platz zwischen den Angepassten und den Leugnern ist natürlich recht ungemütlich. Schnell trifft einen der Vorwurf, in dieselbe Kerbe wie die AfD zu schlagen (Leserbrief von Eberhard Wolf, 26.11.). Da Politik sich zunehmend autoritär geriert, muss zumindest damit gerechnet werden, dass sich beide Seiten – Regierende und Regierte – auf fatale Weise daran gewöhnen.

Noch eine Anmerkung zur praktischen Durchführung der neuen Regeln: 20 Quadratmeter im Laden sind bestimmt ausreichend, um Abstand zu halten. Aber wie erreiche ich den in der vollgestopften U-Bahn? Da benutze ich lieber freiwillig das Fahrrad, auch ohne dazu verpflichtet worden zu sein.

Robert Maxeiner, Frankfurt

### Keinerlei Hickhack um viele Milliarden Euro

Wenn man bedenkt, was für ein Hickhack seinerseits wegen der Grundrente veranstaltet wurde wegen jährlichen Kosten von rund 1,5 Milliarden, kann man sich nur wundern, wie Corona nicht nur



Weihnachten 2020 wird anders. Da tut es gut, wenn Manches trotzdem wie gewohnt aussieht.

HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA

die Menschen, sondern auch deren Einstellung verändert hat. Die Milliarden purzeln, dass es eine Pracht ist. Die Kosten für die Beschaffung der Impfung(en) in Höhe von drei Milliarden, d.h. etwa 33 Euro pro „Impfling“ für eine Doppelimpfung, erscheint gerechtfertigt. Bei der Beschaffung der FFP-2-Masken ist die Sache nicht so klar. Wir haben FFP-2-Masken gekauft für Apothekenpreise zwischen 13 und 4,50 Euro. Nun will die Bundesregierung die Masken nicht verschenken, sondern zu einem „vergünstigten“ Preis abgeben. Es wäre nett für uns Steuerzahler zu erfahren, welcher Beschaffungspreis zugrundeliegt und zu welchem Preis man beabsichtigt, die Masken abzugeben. Uns scheinen die Kosten von 2,5 Milliarden übertrieben.

Anita + F.W. Osterloh, Frankfurt

### Wir können uns nur gegenseitig schützen!

Wir alle durchleben schwierige Zeiten. So etwas haben wir noch nicht erlebt. Das schafft Unsicherheit, schränkt uns ein und macht auch Angst. Gerade, wenn man auch wirtschaftlich von berufli-

chen Einschränkungen betroffen ist. Doch eins muss klar sein: Wir überwinden es nur, wenn wir uns alle an die Regeln halten.

Ich empfinde es als perfide, in einer solchen Lage einen Mund-Nasen-Schutz als Einschränkung der persönlichen Freiheit zu bezeichnen. Der Umkehrschluss ist richtig. Diejenigen, die die Hygieneregeln nicht ernst nehmen und den Mund-Nasen-Schutz nicht tragen, gefährden die Gesundheit ihrer Mitmenschen und am Ende auch die ihrer engsten Familie. Ist es wirklich zu viel verlangt, essenziellen Schutzvorgaben zu folgen, um diese Lage gemeinsam schnell zu überwinden? Für nicht wenige Mitmenschen scheinbar doch, wenn man die weiterhin hohen Infektionszahlen sieht.

Das Virus ist tückisch. Infektionen treten oft ohne Symptome auf. Ich möchte all denen ins Gewissen rufen, die zweifeln und die die aktuelle Lage schwer nachvollziehen können: Machen Sie mit! Halten auch Sie sich an die Regeln! Damit schützen Sie sich, Ihre Lieben und Menschen, die besonders gefährdet sind! Sie helfen all denjenigen, die seit Monaten an ihre Belastungsgren-

zen gehen, um Erkrankten zu helfen. Den Mitarbeiter\*innen in den Krankenhäusern, den Intensivstationen, den Pflegeeinrichtungen, in den Gesundheitsämtern. Es bricht uns allen kein Zucken aus der Krone! Es geht nicht um unsere Demokratie, sondern um eine Gesellschaft, die in schwierigen Zeiten in der Lage ist, Rücksicht zu nehmen. Rechte Menschenfänger, die Ängste und Unsicherheiten für ihre menschenverachtenden Ziele instrumentalisieren, gefährden uns alle!

Je konsequenter wir jetzt sind, umso schneller können wir wieder unsere Lieben in den Arm nehmen! Das muss doch unser einziger Wunsch sein! Solange schreiben wir Briefchen, telefonieren und zeigen, dass auch auf Abstand Nähe und soziale Fürsorge möglich ist. Gerade in der Adventszeit sollte uns das besonders wichtig sein. Die nächsten Tage und Wochen sind entscheidend!

Cornelia Gasche, Hanau

### „Querdenker“ sind potenzielle „Spreader“

Es dürfte nun auch jeder einsichtige Bürger erkannt haben: Das Coronavirus ist auch ein tödliches Virus. Die sogenannten „Querdenker“ sind in meinen Augen potenzielle Spreader, die gegebenenfalls den Tod von Menschen, die sie infizieren, in Kauf nehmen. Wenn sie selbst erkranken, sollten sie eine Erklärung in der Tasche haben mit der Auskunft: Ich will nicht behandelt werden, auch wenn ich an dem Virus verrecke! In diesem Zusammenhang fällt ja auf, dass diese Un-Demokraten keine Masken tragen. Und nun könnte ein Problem entstehen. Bürger:innen, die geimpft sind, sollten immun sein und bräuchten dann ja keine Maske mehr zu tragen. Wie aber soll ich einen immunen Bürger von einem dieser pöbelnden Schreihälse unterscheiden? Da darf man gespannt sein, wie die Bürger:innen mit diesem Problem umgehen.

Reinhard Matthias, Pinneberg

Diskussion: frblog.de/autoritaer

## Die Spitze der Grünen sollte Fracksausen bekommen

Zu: „Klimaliste strebt in Parlamente“, FR-Regional vom 30. November

Die Gründung der „Klimaliste“ zur Kommunalwahl in Hessen im März 2021 ist nur folgerichtig und notwendig. Zusätzlich zu den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sollte sich diese Liste auch an der Bundestagswahl 2021 beteiligen. Das ist die Konsequenz auf den Verlust der „harten Währung“ der Politik, den nun auch die „Grünen“ erlitten haben: die Glaubwürdigkeit! Ich kann das lediglich auf Landes-ebene Hessen und Kommunalebene in Frankfurt einschätzen, aber hier ist der Verlust immens.

Die Formulierung von Pitt von Bebenburg, die Grünen würden mit „Argusaugen auf die kleine Klimakonkurrenz“ schauen, ist vorsichtig. Ich vermute, nicht

wenige in der Grünen-Spitze bekommen Fracksausen. Schon drei, vier Prozent der Stimmen für die „Klimaliste“ und ein paar an die Linke – und der Traum von der Regierungsbeteiligung, ob als Junior-Partnerin oder gar KanzlerIn-Partei, ist geplatzt!

Seit Jahren erzählen uns die Grünen, nur in der Regierung lassen sich Änderungen erreichen. Stimmt hier in Hessen: Weiter(aus)bau des Flughafens Frankfurt, das Fiasko um den Ausbau der A49 durch den Dannenröder Forst – und mit all dem wollen die Grünen nichts zu tun haben! Aber: All das stand im Koalitionsvertrag!

Ich erwarte nicht, dass Frau Göring-Eckardt bis in die letzten

Winkel(züge) der Frankfurter Lokalpolitik Bescheid weiß. Aber all denen, die sich darin auskennen, muss es wie Donnerhall in den Ohren dröhnen, wenn sie sagt: „Wirksamer Klimaschutz braucht Mehrheiten. Schlimm wäre doch, wenn wir dasselbe wollen, es aber nicht umsetzen können, weil uns am Ende die nötige Mehrheit fehlt.“ In Frankfurt gab es eine Mehrheit, zumindest für die Fortsetzung des Verkehrsversuchs autofreier Mainkai. Wer diese Mehrheit nicht genutzt hat: die Grünen! Vordergründig um nicht die Koalition platzen zu lassen – genau besehen, um den Wunschartner CDU nach der Wahl im März 2021 nicht zu vergraulen! Teile

der Basis-Grünen haben das erkannt und die Liste zur Kommunalwahl durcheinandergewirbelt.

Auf Bundesebene machen sich die Grünen hübsch für ihren Wunschpartner CDU und räumen im Vorfeld manches unliebe Thema ab. Die eigentliche Gefahr für eine ambitionierte, konsequente und zukunftsfähige Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik sind die derzeitigen lindgrünen „Grünen“! Dann kann sich das bürgerlich-konservative Lager ausruhen: „Wir haben doch die Umwelpartei in unserer Regierung!“ Und viele damit ruhig stellen. Wer Grün wählt, wählt Schwarz mit.

Otto Gebhardt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/gruene